



Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB

Blumauergasse 22/3, A-1020 Wien
T (+01) 216 52 72 F (+01) 216 52 72-22
E ug@ug-oegb.at
www.ug-oegb.at

Her mit der Bildungs- und der Gesundheitsmilliarde!

Bildung kostet. Gesundheit kostet. Öffentliche Dienste für alle kosten. Aber die notwendigen Budgetmittel fehlen, solange die Verursacher und die Nutznießer der Krise milliardenschwere Steuervorteile davontragen, wie eh und je, während die Arbeitslosigkeit steigt und Einkommen sinken.



UG für Konjunkturpaket III Bildung, Soziales, Gesundheit und öffentliche Dienste. Vermögens-Steuerreform jetzt!

Beim Arbeitskonflikt LehrerInnen - Regierung in den Wochen vor der restriktiven Budgetrede Pröll ging es nicht um die LehrerInnen, nicht um die faulen und nicht um die fleißigen, nicht um die engagierten und nicht um die verbrauchten, ausgebrannten.

Bei diesem von der GÖD geführten und vom ÖGB solidarisch unterstützten Arbeitskonflikt ging es ums Geld, um die derzeit nicht vorhandenen staatlichen Einnahmen aus Vermögens- und Spekulationssteuern.

240 Millionen Euro, die Faymann/Pröll am Ende dem Bildungsbudget zugeschossen haben, waren entschieden zu wenig. 180 Millionen müssen die 120.000 LehrerInnen in Zukunft Jahr für Jahr ins Budget einzahlen. Sie und alle anderen öffentlich

Bediensteten sollen gemeinsam mit den "Ausgliederten", mit den ArbeitnehmerInnen der Privatwirtschaft, den prekär Beschäftigten, den Arbeitslosen, den Kindern, den Jungen und den Alten für die Krise zahlen.

Der Staat muss nicht sparen. Investitionen in Bildung, Soziales und Gesundheit schaffen Arbeitsplätze und verbessern Lebensbedingungen und Lebenschancen. Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt.

Das Geld ist schon zu holen!

Schluss mit dem Vergesellschaften der Milliardenverluste, Schluss mit dem ungenierten Privatisieren der Profite.

Eine andere Welt ist möglich, hier und jetzt: Wir wollen die Vermögens- und Spekulationssteuern nicht beredet haben, sondern einführen, abkassieren und für die Wohlfahrt aller ausgeben.

Ein soziales, ein menschen- und kinderfreundliches Budget ist möglich. Der Sozialstaat ist finanzierbar, hier und jetzt. Eine andere Welt ist möglich. Eine andere Budget- und Steuerpolitik ist notwendig.

Frei zugängliche öffentlichen Dienste für alle! Bildung und soziale Sicherheit für jede und jeden!

**Ein besseres Leben für Junge und Alte!
Für Solidarität und Demokratie!**



Für ein sozial-ökologisches Konjunkturpaket III

Die Wachstumsprognosen für das Jahr 2009 zeigen ein erschreckendes Bild: im Vergleich zum Vorjahr droht das Wachstum – so die OENB-Prognose – um 4 % einzubrechen. Die Zahl der Arbeitslosen droht damit weiter zu steigen und die 500.000er Marke zu erreichen und damit auch die Binnennachfrage nachhaltig einzubrechen.

Die bislang von der Bundesregierung geschnürten Konjunkturpakete werden den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen nicht gerecht. Insbesondere wurden sie zu einem Zeitpunkt beschlossen, als noch Einbrüche von 1 bis 2 % des BIP prognostiziert wurden. Mehrfach wurde daher schon von unterschiedlichsten Seiten ein weiteres Konjunkturpaket – ein Konjunkturpaket III mit den Schwerpunkten Sozialpolitik, Gesundheit, Pflege und Bildung gefordert. Investitionen die unmittelbar Beschäftigung schaffen, gegen Armut wirken, ein mehr an sozialem Wohlstand bringen und ohnehin dringend notwendig sind.

Weiters sind Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Investitionen gefordert, die eine mehrfache gesamtgesellschaftliche Dividende versprechen. Investitionen in Klima- und Umweltschutz sind nicht nur beschäftigungsintensiv und wachstumsfördernd sondern bringen eine deutliche finanzielle Entlastung der Haushalte sowie sinkende CO₂-Emissionen. Die Förderung erneuerbarer Energien macht ebenso doppelt Sinn. Sie macht unabhängiger von Öl und Gas und ist ein Investitions- und Konjunkturmotor. Wir wollen ein Konjunkturpaket III, das folgende Maßnahmen umfasst:

• Untere und mittlere Einkommen stärken!

Die Negativsteuer ist im Rahmen einer automatisierten ArbeitnehmerInnen-veranlagung auf 450 Euro/Jahr zu erhöhen, um die Kaufkraft einkommenschwächerer ArbeitnehmerInnenschichten deutlich zu erhöhen. Der Einstiegssteuersatz muss gesenkt werden

Die bedarfsorientierte Grundsicherung ist umgehend umzusetzen, die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 80 % zu erhöhen. Nicht nur um Armut im Falle von Arbeitslosigkeit zu verhindern, sondern auch um die Konjunktur in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit nachfrageseitig zu stabilisieren.



• Hohe Vermögen, Spekulationsgewinne und Spitzeneinkommen stärker besteuern

Konjunkturpakete, der Bildungs- und Sozialstaat müssen finanziert werden. Diejenigen, welche die Krise verursacht haben, sollen auch für die Bewältigung der Krise aufkommen! Daher brauchte es endlich eine ordentliche Besteuerung von hohem Vermögen, Erbschaften und Schenkungen, Spekulationsgewinnen und Vermögenszuwächsen sowie ein Ende der Steuerprivilegien für Stiftungen. Bis eine europäische Finanztransaktionssteuer umgesetzt wird; ist die Börsenumsatzsteuer wieder einzuführen. Und: der Einkommenssteuersatz für Spitzeneinkommen muss erhöht werden!

• Investitionen in Klima- und Umweltschutz

- Gebäudesanierungsoffensive: Die Wärmedämmung von Gebäuden hat gemessen am Investitionseinsatz die höchsten indirekten Beschäftigungseffekte und bringt den Haushalten eine deutliche finanzielle Entlastung im Bereich der Energiekosten. Energieeffizienz- und Wärmedämmungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden sind zu forcieren. Die vorgesehenen budgetären Mittel zur thermischen Sanierung sind deutlich zu erhöhen.

- Investitionen in den öffentlichen Personen-Nahverkehr: diese sind – laut WIFO – beschäftigungswirksamer als Großprojekte und bringen zusätzlich PendlerInnen eine unmittelbare Entlastung.

- Förderung und Ausbau erneuerbarer Energien durch ein Ökostromgesetz neu

• Gemeinden vom österreichischen Stabilitätspakt befreien

Den Gemeinden ist wieder ein breiterer Handlungsspielraum für Investitionen einzuräumen. Sie sind die wichtigsten Träger der öffentlichen Investitionen, die in den letzten Jahren stark zurückgegangen sind – nicht zuletzt als Folge des innerösterreichischen Stabilitätspakts. Eine Befreiung von diesem schafft den notwendigen Handlungsspielraum und löst einen Investitionsschub aus. Der Bund muss den Kommunen zusätzlich den erleichterten Zugang zu günstigeren Finanzierungsmöglichkeiten z.B. über Anleihen, Zinszuschüsse ermöglichen.

• Investitionen in Bildung, Pflege, Soziale Einrichtungen, Gesundheit und Kinderbetreuung

- Der Ausbau von ganztägigen, bedarfsgerechten, flächendeckenden Kinderbetreuungsplätzen – von Kinderrippen bis zu Ganztagschulen – ist zu forcieren, fertig geplante Projekte vorzuziehen. Die qualitativ hochwertige Ausbildung von KinderbetreuerInnen und KindergärtnerInnen zu intensivieren.

- Schulsanierungsprojekte sind vorzuziehen, der unmittelbar beschäftigungswirksame und aus integrations- und sozialpolitischen Gründen längst überfällige Ausbau der Schulsozialarbeit, der schulpsychologischen Dienste, sowie des IntegrationslehrerInnenbereichs voranzutreiben

- Sanierungen von desolaten, gegen die ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen verstoßende Universitätsgebäude sind dringendst anzugehen. Die Budgetmittel für Universitäten - zur Umsetzung des KV für alle Uni-Angehöri-

gen, zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, sowie zur Verbesserung von Lern- und Lehrbedingungen sind auszuweiten.

- Die Ausbildung von qualifiziertem Gesundheits- und Pflegepersonal muss höchste Dringlichkeit bekommen. Über einem aus Steuermitteln finanzierten Pflegefonds sind arbeits- und sozialrechtlich abgesicherte, sowie ordentlich bezahlte Beschäftigungsverhältnisse für PflegerInnen in sozialen Trägervereinen und öffentlichen Pflegeeinrichtungen auszubauen.

- Behebung des Personalnotstandes im Bereich der öffentlichen Dienste wie z.B. Jugendwohlfahrt, Sozialämter, sowie in Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

- Die finanziellen Rahmenbedingungen für Non-Profit-Organisationen im Bereich qualitativ hochwertiger sozialer Dienstleistungserstellung sind deutlich zu verbessern. Förderverträge sollen eine längerfristige Planung sicherstellen.

• Breitbandoffensive

Die Förderung von Breitbandinternet-Infrastruktur schafft langfristig vor allem auch im ländlichen Raum verstärkte Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben und schafft kurzfristig durch den Ausbau der Infrastruktur beschäftigungswirksame Effekte.

• Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik

Längere und qualitätsvolle Programme, die das Nachholen von Bildungsabschlüssen und eine berufliche Umorientierung ermöglichen sind zu forcieren. Über eine "Aktion 10.000" sind AMS-geförderte, sozialversicherte Jobs bei NGO bzw. NPO in den Bereichen Kultur, Umwelt, Soziales zu schaffen.

Aus der Resolution des ÖGB-Bundesvorstandes vom 19. März 2009

Viele Staaten auf der ganzen Welt investieren derzeit gigantische Summen an Steuergeldern, um Banken und Wirtschaft zu stabilisieren und die Krise abzumildern. Ungeregelte Finanzmärkte, Globalisierung, Deregulierung - diese Rezepte für wirtschaftlichen Erfolg und Aufschwung sind gescheitert und Geschichte. Nun muss aus der Krise gelernt und die Gelegenheit genutzt werden, um einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel einzuleiten - hin zu mehr Regulierung der Finanzmärkte und hin zu einem Staat, der seine Verantwortung bei Daseinsvorsorge und Sozialpolitik wahrnimmt. Gleichzeitig muss klar sein, dass der Preis für die Bekämpfung der Krise und der jetzt nötigen Maßnahmen nicht Sozialabbau sein kann! Dagegen wird sich der ÖGB vehement zur Wehr setzen.....

Systemwechsel im Steuerbereich unumgänglich

Der ÖGB begrüßt die beschlossene Lohnsteuersenkung, bleibt aber bei seiner Forderung nach einem generellen Systemwechsel im Steuerbereich. Den Großteil der Steuerleistung tragen Lohn- und Mehrwertsteuern, also die ArbeitnehmerInnen und die KonsumentInnen. Dass Vermögen in viel zu geringem Ausmaß zum Budget beitragen, bleibt auch nach der Steuersenkung inakzeptabel. Sowohl in Österreich als auch in der EU und weltweit, muss es einen Systemwechsel geben. Die Besteuerung von Vermögenszuwächsen ist in Österreich beschämend niedrig, und auf europäischer/internationaler Ebene müssen mehrere Schritte erfolgen, darunter die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, das Schließen von Steueroasen oder

das Verbot bestimmter rein spekulativer Derivate (z. B. Leerverkäufe) oder die Einführung einer Vermögenszuwachssteuer. Zudem brauchen wir in Österreich eine offensive Diskussion über die Besteuerung grosser Vermögen....

Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich schaffen

Der Staat schnürt nun einerseits Konjunkturpakete, um die Wirtschaft anzukurbeln, andererseits wird beim Personal im eigenen Bereich massiv gespart. Angesichts der rasanten Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation fordert der ÖGB in Ergänzung zu den Konjunkturpaketen eine Neuausrichtung der Personalpolitik der öffentlichen Hand.

Die öffentliche Hand als größter Arbeitgeber des Landes muss in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit ihre beschäftigungspolitische Verantwortung wahrnehmen. Die Verfügung des Aufnahmestopps ist daher rückgängig zu machen, Die Beschäftigung ist in einigen Bereichen auszuweiten....vor allem Justiz, Polizei, Schulen, vorschulische Kinderbetreuung und Pflege.

Beschäftigung in einigen Bereichen ausweiten:

Der Personalabbau der vergangenen Jahre hat in verschiedenen Bereichen bereits zu Personalengpässen geführt. In folgenden Bereichen sollen durch eine Ausweitung der Beschäftigung die Qualität der öffentlichen Leistungen sichergestellt, Zukunftschancen gewahrt und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegen gewirkt werden: Justiz, Polizei, Schulen, vorschulische Kinderbetreuung und Pflege.....

Wir verzichten nicht!

Die UG unterstützte die
Demonstration der
Gewerkschaften
am 13. Mai 2009.





Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB

Blumauergasse 22/3, A-1020 Wien
T (+01) 216 52 72, F (+01) 216 52 72-22
E ug@ug-oegb.at

Plattform der "UNABHÄNGIGEN GEWERKSCHAFTERINNEN IM ÖGB"

Die ÖGB-Fraktion "Unabhängige GewerkschafterInnen" (UG) versteht sich als Zusammenschluss überparteilicher und partei-unabhängiger Listen auf allen Ebenen der betrieblichen Interessensvertretung und der Gewerkschaften. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, insbesondere zu §3 Abs. 1:

"Der ÖGB ist in Verfolgung seines Zwecks zu einem kraftvollen Mitwirken an der steten sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Weiterentwicklung Österreichs, zur Wahrung der Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes, zur Bekämpfung des Faschismus, jeder Reaktion und aller totalitären Bestrebungen, zur Mitarbeit an der Sicherung des Weltfriedens sowie zum unentwegten Kampf zur Hebung des Lebensstandards der ArbeitnehmerInnen Österreichs und zum Einsatz für Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern berufen und verpflichtet."

Die UG sucht zur Verwirklichung ihrer Ziele und Inhalte die Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen, welche eine emanzipierte, demokratische, solidarische Gesellschaft zum Ziel haben. Die UG und ihre Säulen stehen GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen, Behinderten- und Jugendvertrauensleuten, die die Ziele und Inhalte der UG teilen und unterstützen, als Plattform zur gewerkschaftlichen und betrieblichen Betätigung offen. Die UG lehnt jede Zusammenarbeit und Kooperation mit rechts-extremen/rechtspopulistischen, in "national-freiheitlicher" Tradition stehenden und/oder antidemokratisch orientierten Gruppierungen und Personen ab.

Die UG tritt für mehr Demokratie im ÖGB ein:

- Autonomie der Gewerkschaften im Verhältnis zu Parteien und Staat
- demokratische direkte Wahlen im gesamten ÖGB
- Aktivierung und Unterstützung der Betroffenen statt bevormundender StellvertreterInnenpolitik
- Ausbau der Informations- und Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaftsmitglieder
- Rechenschaftspflicht von GewerkschaftsmandatarInnen gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern
- Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Gruppierungen wie Sozial-, Frauen-, Ökologie-, Antirassismus- und globalisierungskritischen Initiativen

- Einbindung und Vertretung von sich in prekären Arbeitsverhältnissen befindenden und erwerbsarbeitslosen Personen
- Verstärkte Einbindung und Vertretung von MigrantInnen
- Neue Formen und Intensivierung der internationalen Tätigkeit der Gewerkschaften

Die "UG" steht für:

- Kämpferische Gewerkschaften im Sinne der ArbeitnehmerInnen
- eine Steuer- und Wirtschaftspolitik, sowie eine gewerkschaftliche Lohn- und Arbeitszeitpolitik, die eine gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten gewährleistet.
- einen verantwortungsvollen, nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen.
- neue Formen der Mindestsicherung für alle
- eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit - der wöchentlichen, der jährlichen und der Lebensarbeitszeit.
- Ein existenzsicherndes öffentlich finanziertes Pensionssystem
- eine tatsächliche Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft und in den Gewerkschaften
- die Gleichstellung von Personen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, im Arbeitsleben, im politischen, gesellschaftlichen und im sozialen Bereich
- mehr Demokratie und Selbstbestimmung in Gesellschaft und Arbeitswelt
- den Erhalt und Ausbau qualitativ hochwertiger, demokratisch kontrollierter und gestalteter öffentlicher Dienstleistungen vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Infrastruktur, Verkehr Wissenschaft, Forschung, Information und Arbeitsmarkt.
- die Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und in der Gemeinwirtschaft (Bund, Länder, Gemeinden) statt Personalabbau, Privatisierung, Ausgliederung und fortgesetzter Regulierung der Arbeitsverhältnisse
- Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse
- Initiativen gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Faschismus in Gewerkschaft, Arbeitswelt und Gesellschaft
- Transparenz und respektvollen Umgang miteinander

U n t e r e i n e m D a c h : w w w . u g - o e g b . a t

AUGE/UG

Alternative und Grüne
GewerkschafterInnen
1040 Wien,
Belvederegasse 10,
T: (01) 505 19 52
auge@ug-oegb.at
www.auge.or.at

KIV/UG

Namenslistenverbund
Konsequente Interessenvertretung (Gemeindebedienstete)
1020 Wien,
Blumauergasse 22/3,
T: (01) 216 52 72
kiv@kiv.at
www.kiv.at

UgöD

Unabhängige GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst
1040 Wien,
Belvederegasse 10
T: (01) 505 19 52
office@ugod.oegb.at
www.ug-oegb.at/ugod

UG-Vida

Gewerkschaft VIDA
z.H. Herbert Orsolits
1050 Wien
Margartenstr. 166
0664 614 57 11
herbert.orsolits@vida.at
www.ug-vida.at

We4You/UG

(Telekom)
Herbert Tischler
0664/6297018
we.4you-ug@aon.at
members.aon.at/
we4you-ug